

# Österreich

PAUL LUIF

Mitte 2001 waren die Maßnahmen der 14 EU-Mitgliedstaaten gegen die neue Regierung in Österreich vom Januar/Februar 2000 schon „Geschichte“. Im Juli 2001 bezeichnete der belgische Außenminister Louis Michel bei seinem Aufenthalt in Wien (während seiner *tour des capitales* im Zuge der EU-Präsidentschaft) das Kapitel der Sanktionen als „abgeschlossen“. Auch das Verhältnis belgischer Minister zu ihren FPÖ-Kollegen sei „absolut normal“. Während der belgischen EU-Ratspräsidentschaft müssten alle Minister gleich behandelt werden. Ob dies auch für bilaterale Gespräche außerhalb von EU-Treffen gelte, wollte Außenminister Michel allerdings nicht klar beantworten. Die österreichische Außenministerin Benita Ferrero-Waldner (ÖVP) bezeichnete das „Problem zwischen Belgien und Österreich als ausgeräumt“. Zwar könne man „begangene Fehler“ nicht ungeschehen machen, allerdings sei der Anfang für bessere Beziehungen gemacht, in denen man „das Anderssein des Anderen akzeptiert.“<sup>1</sup>

## *Das Problem des Transitverkehrs*

Ein Problem, das Österreich seit dem EU-Beitritt begleitet, ist der Transitverkehr, vor allem der Verkehr der schweren Lastwagen (mit einem Gesamtgewicht von mehr als 7,5 Tonnen) über die Alpen, und hier wieder der Schwerverkehr über den Brenner-Pass.<sup>2</sup> Im Zuge der Beitrittsverhandlungen gelang es Österreich im Protokoll Nr. 9 der Beitrittsakte (das den Inhalt des bis dahin zwischen der EU und Österreich bestehenden Transitvertrags praktisch übernahm) die Reduktion der Schadstoffe von schweren Lastwagen auf 60% zu erreichen. Außerdem durfte die Zahl der Fahrten durch Österreich maximal 108% der Fahrten vor dem Beitritt betragen (Referenzjahr 1991). Diese Regelungen laufen mit 31. Dezember 2003 aus.

Österreich bemüht sich schon seit einiger Zeit, eine Verlängerung dieser Bestimmungen zu erreichen. Damit soll die Zeit bis zur Erstellung einer neuen Wegekostenrichtlinie in der EU überbrückt werden. Auf dem Europäischen Rat in Laeken hatte Österreich in der Transitfrage einen Etappensieg errungen. Der Europäische Rat forderte nämlich die Kommission auf, einen Vorschlag für die Verlängerung des Ökopunktesystems zu präsentieren.<sup>3</sup> EU-Verkehrskommissarin Loyola de Palacio legte dann einige Tage später, am 20. Dezember 2001, einen Vorschlag für die Verlängerung des österreichischen Transitprotokolls vor. Das darin enthaltene Ökopunkte-System soll maximal um drei Jahre verlängert werden. Nach dem Kommissionsvorschlag zum österreichischen Transitprotokoll kann zwar die Umweltbelas-

tung auf allen Transitstrecken durch das Bundesgebiet weiter eingeschränkt werden. eine Garantie gegen das Anwachsen des Transitverkehrs bietet diese Lösung allerdings nicht. Denn eine Höchstgrenze für Durchfahrten durch Österreich (108-Prozent-Klausel) soll es in Zukunft nicht mehr geben.<sup>4</sup> Das Europaparlament hatte bereits am 5. September 2001 der Abschaffung der Höchstgrenze zugestimmt.<sup>5</sup>

Nach dem Beschluss der EU-Kommission bezüglich einer Verlängerung des Transitprotokolls gab dann am 21. Dezember 2001 Österreich die Beitrittsverhandlungen zum Thema Verkehr frei. Allerdings wies der österreichische Ständige Vertreter, Botschafter Gregor Woschnagg, in einer Erklärung darauf hin, dass auch neue Mitgliedstaaten in das Ökopunktesystem einzubeziehen seien. Österreich stellte damit eine mißverständliche Äußerung von EU-Verkehrskommissarin de Palacio klar, die behauptet hatte, die neuen Mitgliedstaaten würden nicht in das Transitprotokoll einbezogen werden. Woschnagg wies auch darauf hin, dass „Österreichs Zustimmung zu den endgültigen Ergebnissen der Erweiterungsverhandlungen von einer zufriedenstellenden Lösung in bezug auf die Erreichung des Ziels der nachhaltigen Reduktion der Schadstoffe im Straßenverkehr“ abhängt.<sup>6</sup>

### *Die Auseinandersetzungen mit der Tschechischen Republik*

Zwischen 14. und 21. Januar 2002 fand das Volksbegehren „Veto gegen Temelín“ statt. Eingereicht wurde es von Vertretern der oberösterreichischen, niederösterreichischen und Wiener FPÖ. Es erlangte 914.973 gültige Eintragungen, das waren 15,5% aller österreichischen Stimmberechtigten. In absoluten Zahlen gemessen lag es damit an dritter Stelle aller Volksbegehren nach 1945. Die stärkste Beteiligung fand das Volksbegehren mit 23,5% in Oberösterreich, das am nächsten zu Temelín liegt.<sup>7</sup> Neben der FPÖ trug das Volksbegehren die Kronen Zeitung, welche mit über 40% Lesern täglich die bei weitem größte Tageszeitung in Österreich ist.

Nach einer Meinungsumfrage hatten sich 87% der deklarierten FPÖ-Anhänger am ehesten bereit erklärt, das Volksbegehren zu unterschreiben, SPÖ-Anhänger zu 35%, ÖVP-Anhänger zu 27% und Sympathisanten der Grünen zu insgesamt 22%. Möglicherweise ist der Unterschied im Antwortverhalten von ÖVP- und SPÖ-Anhängern auf die Empfehlung von Bundeskanzler Wolfgang Schüssel (ÖVP) zurückzuführen, das Volksbegehren nicht zu unterschreiben.<sup>8</sup> Meinungsforscher und Politologen sahen das Volksbegehren als „Probegalopp“ der FPÖ, um gegen die EU-Osterweiterung zu Felde zuziehen. Die Frage würde in der Regierung zu Konflikten führen, welche die ÖVP-FPÖ-Koalition zerstören könnte. Meinungsforscher Peter Ulram sah die „eigentliche Sprengkraft“ nicht im Konflikt innerhalb der Koalition, sondern im Bündnis zwischen FPÖ und Kronen Zeitung in Sachen Temelín. Seiner Meinung nach werde die Kronen Zeitung die FPÖ nicht aus der Pflicht entlassen, die Forderungen des Volksbegehrens umzusetzen. Denn die FPÖ bringe maximal 400.000 Unterschriften, die Krone hingegen könne eine halbe Million Personen mobilisieren.<sup>9</sup>

Noch vor Durchführung des Volksbegehrens wurde am 29. November 2001 zwischen Österreich und Tschechien in der Frage Temelín nach elfstündigen Verhand-

lungen ein Kompromiss erzielt, damit das Energiekapitel in den Beitrittsverhandlungen mit Tschechien „vorläufig“ abgeschlossen werden konnte. Die tschechische Seite stimmte allen Sicherheitsauflagen zu, die Wien verlangt hatte und verpflichtete sich darüber hinaus zu einer rechtlichen Verankerung in einem Protokoll des Beitrittsvertrags.<sup>10</sup> Bis auf die ÖVP, die nach inneren Verwerfungen schließlich Bundeskanzler Schüssel unterstützte, hatten alle anderen Parteien merkbar Schwierigkeiten, mit dem Brüsseler Kompromiss zurechtzukommen. In der FPÖ drohte Landeshauptmann Jörg Haider wieder einmal mit dem Ende der Koalition. Vom Hauptausschuss des Nationalrats wurde Außenministerin Benita Ferrero-Waldner beauftragt, im Rahmen des Rats Allgemeine Angelegenheiten am 10. Dezember 2001 darauf hinzuweisen, dass sich „Österreich vorbehält“, insbesondere im Lichte der zwischen der Tschechischen Republik und Österreich erzielten Vereinbarung „auf das Energiekapitel zurückzukommen“. Der Opposition reichte der Auftrag an Ferrero-Waldner nicht. Die Chance das Energiekapitel wieder aufzumachen, „ist gleich null“, so SPÖ-Klubobmann Josef Cap. Grünen-Abgeordnete Eva Glawischnig warf Schüssel vor, „wissentlich die Unwahrheit“ gesagt zu haben: Fünf Punkte zu Sicherheitsfragen seien offen geblieben.<sup>11</sup>

Ein weiterer Konfliktpunkt mit der Tschechischen Republik war die Frage der Vertreibung der deutschsprachigen Bevölkerung aus der Tschechoslowakei 1945/46 und die damit zusammenhängenden „Benesch-Dekrete“. Vizekanzlerin Susanne Riess-Passer (FPÖ) wies immer wieder darauf hin, dass im Regierungsprogramm die Abschaffung der Benesch-Dekrete gefordert wird.<sup>12</sup> Für sie stehe es „völlig außer Streit“, dass die Benesch-Dekrete menschenrechtswidrig seien und dass die Tschechische Republik diesen Rechtsbestand beseitigen müsse. Sie würden nicht mit den Kopenhagener Kriterien in Einklang stehen. Der *acquis communautaire* müsse von jedem Beitrittsland erfüllt werden.<sup>13</sup>

Bundeskanzler Schüssel trat dafür ein, nicht konfrontativ vorzugehen, sondern eine Lösung zu suchen; es dürfe mit dem Eintritt in die Union „keine Diskriminierung“ geben, damit man tatsächlich dann einen „Schlusstrich“ unter die Geschichte zieht.<sup>14</sup> Bundespräsident Thomas Klestil sprach sich dafür aus, die Vertreibungsdekrete der Tschechoslowakei nach dem Zweiten Weltkrieg „durch eine politische oder legislative Erklärung aufzuheben“. Zudem müsse die „moralische Verantwortung anerkannt werden, dass Unrecht geschehen ist“.<sup>15</sup> Auch von der Opposition gab es kaum Unterstützung für die Aufrechterhaltung der Benesch-Dekrete. Die Frage blieb nur, ob die Kritik an den Dekreten bis zu einer Ablehnung eines Beitritts der Tschechischen Republik gehen solle.

Mit Slowenien bestehen wegen des Kernkraftwerkes Krsko (gemeinsam genutzt mit Kroatien) und der Beschlüsse des Avnoj (Antifaschistischer Rat der Volksbefreiungsbewegung) von 1943 ähnliche Reibungspunkte wie mit Tschechien. In den EU-Beitrittsverhandlungen mit Slowenien wurde das Umweltkapitel, in das die Sicherheit der Kernkraftwerke fällt, aber ohne Proteste der FPÖ abgeschlossen. Was Avnoj betrifft, so ist nach Abschluss der Arbeiten einer gemeinsamen Expertenkommission eine Art Versöhnungs- und Schlusstricherklärung beider Parlamente geplant.<sup>16</sup>

### *Die Ratifizierung des Nizza-Vertrags und die österreichische Sicherheitspolitik*

Probleme gab es bei der Anpassung des Artikels 23f der österreichischen Bundesverfassung an die neuen Bestimmungen des Vertrags von Nizza zur GASP. Die Oppositionsparteien wollten eine Abänderung (Grüne) oder eine Uminterpretation (SPÖ) dieses Artikels erreichen, damit „Österreich an Petersberg-Aufgaben nur dann mitwirken kann, wenn dies mit dem Neutralitätsgesetz vereinbar ist.“<sup>17</sup> Diese Meinung (die vor allem ein Mandat des UNO-Sicherheitsrats bei Petersberg-Aufgaben fordert) steht im Gegensatz zur Auffassung der SPÖ-ÖVP-Regierung von 1998, welche den Artikel 23f an den Amsterdamer Vertrag anpasste. Ebenso wie die SPÖ-ÖVP-Koalition 1998 spricht die herrschende Lehre der österreichischen Rechtswissenschaft von einem Vorrang von Artikel 23f vor dem Neutralitätsgesetz von 1955. Österreich könne sich ohne Rücksicht auf das Neutralitätsgesetz voll an den militärischen Einsätzen im Rahmen von Petersberg beteiligen.<sup>18</sup> Eine Änderung der Verfassungsgesetze bedarf einer zwei Drittel Mehrheit im Nationalrat. Da es keinen Konsens zwischen Regierung und Opposition gab, veränderte man im Artikel 23f der österreichischen Bundesverfassung lediglich die Worte „Amsterdam“ zu „Nizza“. Wurden im (neuen) Artikel 17 des EU-Vertrags alle Hinweise auf die WEU gestrichen, so wird im Artikel 23f der österreichischen Bundesverfassung weiterhin die WEU erwähnt.<sup>19</sup>

Dieser Streit um die österreichische Neutralität ist im Zusammenhang mit der neuen „Sicherheits- und Verteidigungsdoktrin“ Österreichs zu sehen. Die ÖVP-FPÖ-Bundesregierung strebte eine Anpassung des „Landesverteidigungsplans“ aus 1984 an die veränderten Bedingungen der internationalen Politik an. Die Bemühungen um einen Konsens waren nicht erfolgreich, im letzten Moment verweigerten die beiden Oppositionsparteien die Zustimmung zum Vorschlag der ÖVP-FPÖ-Regierung. Die gleichgewichtete Aufzählung von NATO-Beitritt, Bündnisbeitritt, Neutralität und Allianzfreiheit störte die SPÖ. Nach ihr ist Österreich weiterhin „verfassungsrechtlich und völkerrechtlich neutral“ und nicht, wie die Regierung nun behauptet, „allianzfrei“.<sup>20</sup> Der NATO-Beitritt wird in der neuen Sicherheits- und Verteidigungsdoktrin vom 12. Dezember 2001 nur sehr vage angesprochen und mit einer Volksabstimmung verbunden.<sup>21</sup> Hier zeigt sich deutlich die Abwendung zumindest eines Teils der FPÖ vom im Parteiprogramm (Oktober 1997) geforderten Beitritt zur NATO. Meinungsumfragen zeigen, dass ein Abgehen von der Neutralität in Österreich nicht populär ist.<sup>22</sup>

### *Weitere Elemente der EU-Politik Österreichs*

Im April 2001 gründeten Vizekanzlerin Riess-Passer und Außenministerin Ferrero-Waldner die „Österreich-Plattform für die EU-Erweiterung“. Damit wollte die Regierung für den Erweiterungsprozess werben. Nach fünf Diskussionsveranstaltungen in den von der EU-Erweiterung besonders betroffenen Bundesländern wurde diese Art der Promotion beendet.<sup>23</sup> Bei den Diskussionen dominierten häufig die Erweiterungsgegner. An Stelle der Plattform richtete die Regierung ein „Euro-telefon“ und ab Mitte 2002 eine Webseite ein ([www.chancenerweitern.gv.at](http://www.chancenerweitern.gv.at)).

Auch mit Plakaten wird nun für die EU-Erweiterung geworben. Hier will man an die offensichtlich erfolgreiche „Euro-Werbung“ anknüpfen.

Kommissar Mario Monti verhängte am 11. Juni 2002 eine Strafe gegen acht österreichische Banken, darunter Österreichs größte Banken, wie die Bank Austria, die Erste Bank und die BAWAG. Die Banken hatten jahrzehntelang im „Lombard Club“ die Konditionen für ihre Kunden abgesprochen. Für „eines der schockierendsten Kartelle, das die Kommission je aufgedeckt hat“, so Mario Monti, müssen die verurteilten Banken insgesamt 124,3 Mill. Euro bezahlen.<sup>24</sup> Die Lombard-Club-Sitzungen wurden bald nach dem Zweiten Weltkrieg eingeführt und fanden – allgemein bekannt – jeden ersten Mittwoch im Monat unter Vorsitz der Oesterreichischen Nationalbank statt. Sie dienten anfänglich dem Zweck, die Investitionen in die von der Regierung gewünschten Branchen zu lenken und später vor allem dazu, einen allzu „ausgeprägten“ Wettbewerb zwischen den Banken zu vermeiden. Gegen die Entscheidung der Kommission wurde von den Banken beim EuGH Berufung eingelegt.

Schon im Zuge der „Sanktionen“ hatte sich Bundeskanzler Schüssel gegen ein „Direktorium“ der großen EU-Staaten ausgesprochen: „[W]e must decide what kind of Europe we want: a hegemonic directorate by a few or a balanced partnership between equals?“<sup>25</sup> So sprach er auch im Namen und im Auftrag der kleineren EU-Staaten, als er im November 2001 beim britischen Premierminister Tony Blair gegen den „Mini-Gipfel“ zu Afghanistan in der Woche vorher protestierte, bei dem die kleineren EU-Mitglieder übergangen worden waren.<sup>26</sup>

Auf dem Europäischen Rat von Laeken, 14./15. Dezember 2001, war Wolfgang Schüssel insofern erfolgreich, als in den Punkten 58 und 59 der Schlussfolgerungen zwei für Österreich wichtige Fragen Erwähnung fanden: Das Problem des Transitverkehrs und die Frage der Sicherheit von Kernkraftwerken. Das führte Beobachter zur Aussage, „[t]he Austrian government is rapidly acquiring a reputation as an effective lobbyist within the European Council.“<sup>27</sup> Auf dem vom Europäischen Rat von Laeken einberufenen Konvent nehmen Repräsentanten aller vier Parlamentsparteien teil. Der ehemalige Wirtschaftsminister Hannes Farnleitner als Vertreter von Bundeskanzler Schüssel, der Europasprecher der SPÖ, Caspar Einem und Reinhard Bösch, FPÖ, als Vertreter des österreichischen Nationalrats sowie Johannes Voggenhuber (Grüne) als ein Vertreter des Europäischen Parlaments.

## Anmerkungen

1. Michel: Sanktionen sind Geschichte Beziehungen zu Wien „normal“, in: Die Presse, 12.7.2001.
2. Siehe dazu auch Luif, Paul: Österreich, in: Weidenfeld, Werner/Wessels, Wolfgang (Hrsg.): Jahrbuch der Europäischen Integration 2000/2001, Bonn 2000, S. 373-379.
3. Europäischer Rat: Schlussfolgerungen des Vorsitzes, Laeken, 14./15.12.2001, Punkt 58.
4. Böhm, Wolfgang: EU-Kommission will Transitprotokoll um bis zu drei Jahre verlängern, in: Die Presse, 21.12.2001.
5. Martin, Fritzel: Transitvertrag: Fall der Mengengrenzung steht auf schwachen Beinen, in: Die Presse, 7.9.2001.
6. Böhm, Wolfgang: Ökopunkte-System wird auch für die neuen EU-Mitglieder gelten, in: Die Presse, 22.12.2001.
7. Nach der Webseite des österreichischen Innenministeriums, <http://In-inter1.bmi.gv.at/web/bmiwebp.nsf/AllPages/WA011214112430>.
8. Telefonumfrage Nr.131 der Sozialwissenschaftlichen Studiengesellschaft (SWS), Befragungszeitraum vom 14. bis 19.1. (N=997)

- im Auftrag der Österreichischen Gesellschaft für Europapolitik (ÖGFE).
9. Dannhauser, Claudia/Walterskirchen, Gundula: Veto gegen Temelín ist für Politik-Beobachter erst der Anfang, in: *Die Presse*, 22.1.2002.
  10. Böhm, Wolfgang/Sitting, Ernst: Temelín und zwei verschiedene Welten, in: *Die Presse*, 1. 12.2001. Dies geschah in Fortsetzung des „Melker Prozesses“, dazu Luif, Anmerkung 2.
  11. Zitate nach: Ferreros Auftrag für Brüssel: „Vorbehalt“, in: *Die Presse*, 10.12.2001.
  12. Das Regierungsprogramm spricht von Bemühungen um „sachgerechte Lösungen in den Fragen (...) der in der Folge der Benesch-Dekrete und Avnoj-Bestimmungen nach Österreich vertriebenen deutschsprachigen Bevölkerung“, *Österreich neu regieren*, 4.2.2000, S. 10.
  13. Riess-Passer zu Beitritt Tschechiens: Auch die EU muß sich querlegen, in: *Die Presse*, 5.3. 2002.
  14. Schlüssel-Interview mit Hans Rauscher, in: *Format*, Nr. 14, 29.3.2002, S. 26/27 [Internet].
  15. Klestil: „Benesch-Dekrete aufheben“, in: *Die Presse*, 1.6.2002.
  16. Kirchengast, Josef: Laibach ist näher als Prag. Krsko/Avnoj und Temelín/Benesch: Haiders zweierlei Maß. Analyse, in: *Der Standard*, 29. 1.2002.
  17. So SPÖ-Abgeordneter Peter Schieder, Stenographisches Protokoll der 83. Sitzung des Nationalrats der Republik Österreich, XXI. Gesetzgebungsperiode, 21.11.2002, S. 185.
  18. Vgl. etwa den Kommentar von Öhlinger zu den Bestimmungen des Neutralitätsgesetzes in: Öhlinger, Theo: BVG Neutralität. 1. Lieferung 1999, in: Korinek, Karl/Michael Holoubek (Hrsg.): *Bundesverfassungsrecht. Loseblattausgabe*, Springer, Wien 1999ff.
  19. Diese marginale Veränderung des Artikels 23f tritt natürlich erst in Kraft, wenn der Vertrag von Nizza von alle EU-Staaten ratifiziert worden ist.
  20. Seidl, Conrad: Letzter Anlauf für Doktrin, in: *Der Standard*, 4.12.2001.
  21. Siehe den Text der neuen Sicherheits- und Verteidigungsdoktrin vom 12.12.2001, als Manuskript veröffentlicht.
  22. Von immerwährender zur eingeschränkten Neutralität, in: *Die Presse*, 22.12.2001.
  23. Leibl, Friederike: „Vergessen und vergeben können wir nie“, in: *Die Presse*, 11.7.2001, und Rohrer, Anneliese: Europa: Zwei Mütter, eine Kindesweglegung, in: *Die Presse*, 9.4. 2002.
  24. Es war die sechst-höchste Strafe, die je von der Kommission verhängt wurde. Siehe Eric Frey/ Francesco Guerrera: EU bursts into price-fixing cartel's cosy club, in: *Financial Times*, 12. 6.2002 und Banken: FPÖ-Attacke gegen Banken, in: *Format*, 14.6.2002, Nr. 25, S. 64/65.
  25. Charlemagne, Wolfgang Schlüssel, Austria's steely chancellor, in: *The Economist*, 8.7.2000.
  26. Siehe Kleine finden doch Gehör, in: *Die Presse*, 15.11.2001.
  27. Ludlow, Peter: The Laeken Council, Euro Comment, Brussels 2002 (European Council Commentary Vol 1, Number 1), S. 164.

### Weiterführende Literatur

- Angerer, Thomas (Hrsg.): *Österreich in Europa*, Studienverlag, Innsbruck 2001 (= Wiener Zeitschrift zur Geschichte der Neuzeit, 1. Jg., 1/2001).
- Bischof, Günter/Pelinka, Anton/Gehler, Michael (Hrsg.): *Austria in the European Union*, Transaction Publishers, New Brunswick-London 2002 (Contemporary Austrian Studies, Vol. 10).
- Böhm, Wolfgang/Lahodynsky, Otmar: *Der Österreich-Komplex. Ein Land im Selbstzweifel*, Böhlau, Wien-Köln-Weimar 2001.
- Goldmann, Kjell/Gilland, Karin (Hrsg.): *Nationality versus Europeanization. The National View of the Nation in Four EU Countries*, Department of Political Science/Stockholm University, Stockholm 2001.
- Karlhofer, Ferdinand/Melchior, Josef/Sickinger, Hubert (Hrsg.): *Anlassfall Österreich. Die Europäische Union auf dem Weg zu einer Wertegemeinschaft*, Baden-Baden 2001 (Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft, Sonderband).
- Luif, Paul (Hrsg.): *Security in Central and Eastern Europe. Problems – Perceptions – Policies*, Braumüller, Wien 2001 (The Laxenburg Papers, No. 12).
- Österreichisches Jahrbuch für Internationale Politik 2000, Braumüller, Wien (mit einer Anzahl von Artikeln zu den EU-14 „Sanktionen“).
- Wieland, Carl Paul (Hrsg.): *Österreich in Europa. Analysen, Hintergründe und Erkenntnisse*, Wien-München 2001.